

Wirtschaft warnt vor ständigem Abbau der Leistungsanforderung

Utl.: Maximale Förderung, aber auch Leistungsbeurteilung notwendig
Schule versagt bei Problemjugendlichen =

Wien (PWK) - Wem die traurigen Ergebnisse der letzten Untersuchung des ibw - Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft über die mangelhaften Kulturtechniken von Pflichtschulabsolventen nicht ausreichen, braucht sich nur mit jenen Jugendlichen beschäftigen, die mangels Lehrvertragsreife keinen Lehrplatz finden. Alle diese Jugendlichen haben die Pflichtschule absolviert und haben dennoch nicht jenes Minimum an Beherrschung der Kulturtechniken erreicht, das Berufsausbildungsfähigkeit ermöglicht. ****

"Hier handelt es sich um ein eindeutiges Versagen der Pflichtschule,

das schon bei der Volksschule beginnt und durch ständige Senkung der Leistungsanforderungen in Volks- und Hauptschule auch nicht besser wird", stellt Georg Piskaty, Leiter der Gruppe Bildungspolitik in der Wirtschaftskammer Österreich, fest. Der Hinweis von Frau Bundesministerin Gehrler, daß mittlerweile auch weniger begabte Jugendliche in die Lehre streben, ist nur eine Seite der Medaille. Die zweite Seite spiegelt schon ein Versagen der Schule wider, die vor allem das Einüben des durchgenommenen Stoffes seit Jahren sträflich vernachlässigt.

Nicht der Abbau von Leistungsanforderungen, von Noten und Zeugnissen, wie es jüngst der Präsident der Bundesarbeitskammer forderte, sind Heilmittel dagegen, sondern eine klare neue Prioritätensetzung in der Schule, welche die Wirtschaft fordert. "Schulzeugnisse dürfen keine Schimäre mehr sein, mit denen eklatantes Versagen kaschiert wird", so Piskaty. Dies ist beispielsweise bei einem sogenannten positiven Hauptschulabschluß in der 3. Leistungsgruppe der Fall. Im traditionellen Benotungssystem wären das glatte "Nichtgenügend". Hier wird einer mit pädagogischen Spitzfindigkeiten nicht vertrauten Öffentlichkeit "Sand in die Augen gestreut".

Interessanterweise endet die Liberalität der Unterrichtsverwaltung bezüglich Leistungsanforderungen aber rasch dort, wo es die

etablierten Schultypen betrifft. So erscheint es unverständlich, daß in einzelnen Bundesländern im Fachbereich "Betriebswirtschaftslehre" eine 8-stündige Maturaarbeit verlangt wird, was wohl weniger mit Leistungskontrolle als mit Abwehr unerwünschter Konkurrenz (Lehrlinge, die Matura machen) erklärbar ist. Mit solchen Stundenanforderungen stellen die Landesschulräte sogar schriftliche Diplomarbeiten an Universitäten in den Schatten, schließt die Wirtschaftskammer Österreich und ruft zu einem raschen Umdenken auf. (Schluß) pt

Rückfragehinweis: Dr. Georg Piskaty

BW-Abteilung

Tel.: 50105/4072

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0128 1998-09-08/12:38

081238 Sep 98

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980908_OTS0128